

Zürich zahlt jährlich Millionen für private Sicherheitsfirmen – bei einer Dienstabteilung ist es besonders viel

Vernissagen, Parkplatz- und Verkehrskontrollen: Eine Vielzahl von Aufgaben werden in Zürich inzwischen von privaten Sicherheitsdiensten abgedeckt. Für Linke ist die Entwicklung «besorgniserregend», doch der Stadtrat widerspricht.

Fabian Baumgartner
4.1.2019, 05:00 Uhr

Sie überwachen den Tramtunnel in Schwamendingen. Die Sicherheitsleute der Firma Kroo Security sollen im Auftrag der Zürcher Verkehrsbetriebe dafür sorgen, dass sich keine Unbefugten in den zweieinhalb Kilometer langen unterirdischen Abschnitt begeben. Verhindert werden sollen Ereignisse wie an Silvester 2015, als Unbekannte im Tunnel Elektroverteilerkästen in Brand setzten und dadurch technische Einrichtungen zerstörten. Bis heute fehlt von den Tätern jede Spur.

Private Sicherheitsdienste sind aus dem Stadtbild längst nicht mehr wegzudenken. Sie übernehmen eine Vielzahl von Aufgaben: Sie beaufsichtigen Ausstellungen in Museen, sie regeln den Verkehr, sie bewachen in der Nacht Areale und Gebäude, sie kontrollieren die Parkplätze um die städtischen Amtshäuser, oder sie übernehmen den Ordnungsdienst bei Veranstaltungen wie dem Knabenschiessen.

Interner Pool?

Insgesamt fast 46 Millionen Franken hat die Stadt zwischen Januar 2014 und Oktober 2018 an private Sicherheitsfirmen überwiesen. Dies geht aus einer Antwort des Stadtrats auf eine Anfrage der beiden Gemeinderäte Christina Schiller (al.) und Luca Maggi (gp.) hervor. Das Geld ging an rund ein Dutzend Unternehmen aus der Branche: Dazu gehören grosse Anbieter wie Securitas oder Protectas, aber auch kleinere wie die Wache AG oder die Bouygues AG. Der Stadtrat listet in seiner Antwort nicht nur auf, welche Firmen in den letzten Jahren Aufträge erhielten, sondern auch, wie viel die einzelnen Abteilungen für die externen Dienstleister ausgaben.

Am meisten zahlten demnach Immobilien Stadt Zürich (14 Millionen Franken), die Verkehrsbetriebe (7,2 Millionen) und das Tiefbauamt (4,1 Millionen) in den letzten knapp fünf Jahren für Dienste privater Sicherheitsfirmen. Bei der Immobilienabteilung der Stadt ging es laut eigenen Angaben primär um die Bewachung von Gebäuden. Kaum in Anspruch nahmen die Dienste hingegen der Stadtrat (1436 Franken), Schutz und Rettung (3951 Franken) sowie die sozialen Einrichtungen (5059 Franken).

Militarisierte Sicherheitsfirmen – ein milliardenschweres Geschäft

Ivo Mijnsen / 10.8.2017, 06:00



So wichtig die Security-Firmen für die Behörden teilweise sind, sie wecken bei der politischen Linken einigen Argwohn: Christina Schiller und Luca Maggi jedenfalls befürchten eine Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols. Es würden immer mehr Aufgaben von privaten Sicherheitsfirmen übernommen, schreiben sie. «Das ist besorgniserregend.»

Der Stadtrat widerspricht dieser Darstellung. Es handle sich bei Aufgaben wie dem Aufsichts- und Verkehrsdienst nicht um städtische Kernaufgaben der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, schreibt er in seiner Antwort. Es könne deshalb auch nicht von einer Auslagerung klassischer öffentlicher Angelegenheiten gesprochen werden. Vielmehr entstehe der Stadt durch temporäre Angebote zusätzliche Arbeit, die nur durch externe Anbieter abgedeckt werden könne. Der Stadtrat nennt dazu Aufsichtsdienste am Tag der offenen Tür oder an Vernissagen sowie die Verkehrsregelung an Strassenkreuzungen. «Für solche Aufgaben verfügt die Stadt Zürich selbst nicht über geeignetes, schnell verfügbares und meistens nur temporär benötigtes Personal.»

Im Vergleich zu den Ausgaben für die Polizei (340 Millionen Franken sind für das kommende Jahr budgetiert) sowie Schutz und Rettung (131 Millionen Franken) nehmen sich die Kosten für die privaten Anbieter gering aus: Im Schnitt gibt die Stadt jährlich rund 9 Millionen Franken für sie aus.

Für Christina Schiller macht es sich die Stadt trotzdem zu einfach. Die Auslagerung von Sicherheitsaufgaben an Private hält sie jedenfalls für gefährlich. Ihr schwebt eine Alternative vor: «Ein interner Stellenpool im Sicherheitsbereich wäre die bessere Lösung.» Zudem müsse man kritisch überprüfen, ob wirklich alles notwendig sei – oder ob es sich nicht vielmehr «um den in der Schweiz herrschenden Überwachungswahnsinn handelt», wie die AL-Politikerin sagt. Sie kündigt deshalb weitere Vorstösse zum Thema an.

Verzicht auf Überprüfungen

Eine Änderung gibt es bereits jetzt. Die Stadt hat nämlich für die nächsten vier Jahre Rahmenverträge mit zehn in einem Ausschreibungsverfahren ausgewählten Sicherheitsfirmen abgeschlossen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Behörden nur noch Dienstleistungen von im Rahmen der Ausschreibung ausgewählten Firmen beziehen. Der dafür vorgesehene Betrag von jährlich 9 Millionen Franken beruht auf einer Umfrage bei sämtlichen involvierten Departementen und Dienstabteilungen.

Die zum Zuge gekommenen Sicherheitsfirmen müssen diverse Anforderungen erfüllen. Die Unternehmen müssen unter anderem über eine kantonale Bewilligung und über eine Zulassung des Verbands Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen verfügen.

Eine regelmässige Überprüfung will die Stadt aber nicht vornehmen. Solange die Firmen über die nötigen Zulassungen verfügten, sei davon auszugehen, dass auch die Vorschriften eingehalten würden, argumentiert der Stadtrat.

Zur Sicherstellung eines angemessenen Niveaus will die Stadt aber regelmässig Besprechungen mit den involvierten Firmen durchführen. In deren Rahmen würden auch die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter der Firmen thematisiert. Stelle die Stadt «schwerwiegende Qualitätsmängel» fest, könne sie die Verträge jederzeit kündigen.

Der Wildwuchs bei den privaten Sicherheitsdienstleistern führt zu Problemen - eine nationale Regulierung soll nun Abhilfe schaffen



Private Sicherheitsdienstleister sollen besser reguliert werden. Der Bundesrat will dies auf Bundesebene tun. In der Romandie gibt es aber Bedenken.

Michael Surber / 30.8.2018, 21:16

Regeln bei Sicherheitsfirmen sollen vertieft geprüft werden

Die Kantone haben es bisher nicht geschafft, einheitliche Standards für Sicherheitsfirmen einzuführen. Nun will der Ständerat vertieft prüfen, wie dem Wildwuchs ein Ende gemacht werden könnte.

14.3.2018, 13:43

Schweiz verbot zwei Einsätze von Söldnerfirmen

Die Tätigkeiten von privaten Sicherheitsfirmen haben zugenommen. Das Aussendepartement. Im vergangenen Jahr hat das Aussendepartement zwei derartige Einsätze im Nahen Osten verboten.

11.4.2018, 13:22

Newsletter Zürich

Einmal pro Woche gibt es vom Zürich-Ressort der NZZ die wichtigen News, Veranstaltungstipps und Hinweise auf gute Lokale und Restaurants kostenlos ins E-Mail-Postfach. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung,
Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige
ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.